

Walter Wallmann:

Nur die CDU kann Hessen wieder eine Zukunft geben

Nach nur vierzehn Monaten ist die rot-grüne Koalition in Hessen geplatzt. Ministerpräsident Börner (SPD) feuerte den „Grünen“ Umweltminister Fischer und gab einen Tag später seinen Verzicht auf eine erneute Spitzenkandidatur bekannt. Gleichzeitig trat Börner als Landesvorsitzender der hessischen SPD zurück. Neuer Spitzenkandidat der SPD soll der jetzige Finanzminister Krollmann werden, der zuvor eifrig bemüht war, gemeinsam mit seinen Kabinettskollegen Clauss und Görlach (beide SPD) Börner abzusagen. Der Landesvorsitzende der CDU Hessen, Bundesumweltminister Walter Wallmann, wird Spitzenkandidat der hessischen Union sein.

Die Entscheidung, wer neuer hessischer Ministerpräsident wird, fällt voraussichtlich am 5. April bei vorgezogenen Landtagswahlen. Darauf hat sich zumindest der Ältestenrat des Landtages verständigt. Am kommenden Dienstag wird der Landtag sich auflösen und somit den Weg für die Wahlen freimachen. Der Landesvorsitzende der CDU Hessen, Bundesminister Walter Wallmann, erklärte dazu:

„Wir können schlicht und einfach feststellen, die rot-grüne Politik ist gescheitert. Die SPD ist regierungsunfähig geworden, sie ist tief zerrissen. Es ist auch keine Veränderung der Situation dadurch eingetreten, daß Herr Krollmann Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl werden soll. Krollmann ist ein Garant des rot-grünen Bündnisses, er hat diese Politik mitgetragen und sich immer dazu bekannt. Diese teilweise chaotisch anmutenden Entwicklun-

HEUTE AKTUELL

● Dokumentation

Der Wahlschwindel der SPD: Vorher: kein Bündnis mit den Grünen – Nachher: freie Fahrt für rot-grün. Grüner Teil

● Bundesvorstand

In den Koalitionsverhandlungen müssen die politischen Ziele der CDU als stärkste Partei klar und deutlich dargestellt werden. Seite 3

● Babyjahr

Wir halten unser Versprechen: Erziehungszeiten für alle Mütter. Seite 7

● Bildungspolitik

SPD fördert eine Politik gegen die Zukunftsinteressen junger Menschen. Seite 9

● Umweltschutz

Wallmanns schnelles Handeln fand das Lob des Kanzlers. Seite 11

● Kommunen

Die Regierung Helmut Kohl hat die Investitionskraft der Gemeinden gestärkt. Seite 12

gen in Hessen, daß heute nicht mehr gilt, was gestern als verbindlich ausgesagt worden ist, verlangt nach Neuwahlen. Die Wählerinnen und Wähler haben einen Anspruch darauf, daß sie jetzt entscheiden. Wir sind bereit, uns ihnen mit wahrhaftigen Aussagen und klaren Erklärungen zu stellen.

Wir wissen, daß die SPD nicht die geringste Chance hat, in die Nähe der absoluten Mehrheit zu kommen. Insoweit steht sie also unter Erklärungszwang, wie sie es nach dem Wahltag halten will. Jede Wahl ist erst am Wahlabend entschieden. Wir wissen, daß wir mit aller Kraft und mit aller Entschlossenheit, mit allem Ernst in diesen Wahlkampf gehen werden. Wir wollen stärkste politische Kraft in Hessen werden. Wir werden um jede Stimme kämpfen. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wenn es in Hessen einen Neuanfang geben soll, wenn Hessen wieder eine Zukunft haben soll, dann müssen alle zur Wahl gehen. Wir wollen eine Koalition der Mitte begründen, um auf diese Weise unserem Land zu helfen. Jede Euphorie, jede Überheblichkeit, jede Selbstgefälligkeit ist fehl am Platze. Wir haben uns zu konzentrieren auf die Aufgabe, die vor uns steht.

Wir werden einen Wahlkampf der Argumente führen, an Schlammschlachten beteiligen wir uns nicht. Wir werden uns im Wahlkampf konkret zu den sozialen und wirtschaftlichen Fragen äußern, wir werden klarmachen, was wir in der Umweltpolitik für dringend nötig halten. Auch die Schulpolitik wird ein wichtiges Thema sein und bleiben.

Ich bitte alle Wählerinnen und Wähler um ihr Vertrauen — auch ganz persönlich. Ich würde die Aufgabe, Ministerpräsident in Hessen zu werden, als eine große Herausforderung begreifen und ich sage, daß diese Bereitschaft ohne jedes Wenn und Aber gilt.“

Ebermanns Wahl ein Warnsignal für alle Demokraten

Die Grünen haben Thomas Ebermann zu einem der drei gleichberechtigten Sprecher ihrer Bundestagsfraktion gewählt. Damit ist einem früheren aktiven Kommunisten der Durchmarsch bis in die grüne Spitze gelungen. Ebermann kommt aus dem links-extremistischen Kommunistischen Bund, aus dem 1979 eine „Fraktion“ geschlossen zu den Grünen übertrat. Über diese Personen aus der Konkursmasse der K-Gruppen wäre kein Wort zu verlieren, wenn sie nicht weiter eine konsequente kommunistische Kaderpolitik betrieben. Ebermann äußerte, als er bereits bei der hamburgischen GAL war, in der „taz“ vom 10. August 1982: „Wir vertreten aber weiterhin das Prinzip der besonderen Organisierung der Marxisten.“

Mit der Wahl Ebermanns in den Fraktionsvorstand haben sich die Fundamentalisten bei den Grünen durchgesetzt und die Kräfte, welche sich für eine parlamentarische Mitarbeit sowie eine klare Abgrenzung von Gewalt und Anarchie aussprechen, eine schwere Niederlage erlitten, erklärt der stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Karl Miltner**. Die SPD muß sich fragen lassen, ob sie angesichts dieser Entwicklung bei den Grünen weiter an ihrer Absicht festhält, die Vertretung von Grünen im Bundestagspräsidium sowie in den parlamentarischen Kontrollgremien zu unterstützen. Die Wahl Ebermanns in den grünen Fraktionsvorstand ist ein Warnsignal für alle Demokraten.

Bundesvorstand:

Unsere politischen Ziele klar und deutlich darstellen

Präsidium und Bundesvorstand der CDU haben ihre Delegation für die Koalitionsverhandlungen mit der CSU und der FDP noch einmal ausdrücklich in der Absicht unterstützt, sich im Interesse der Qualität der Ergebnisse nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen. Wie Generalsekretär Heiner Geißler am Montag, 9. Februar 1987, auf einer Pressekonferenz in Bonn berichtete, bleibt es bei der Absicht von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Verhandlungen Anfang bis Mitte März abzuschließen und dann mit der Regierungsbildung zu beginnen.

Heiner Geißler sagte u. a.: In der Bundesvorstandssitzung wurde vom Parteivorsitzenden, vom Generalsekretär, von Gerhard Stoltenberg und von Walter Wallmann über die bisherigen Verhandlungen mit den Koalitionspartnern berichtet. Der Bundesvorstand hat noch einmal ausdrücklich bestätigt, daß der Fahrplan, wie er vom Bundeskanzler entwickelt worden ist, richtig ist und daß wir uns nicht unter Zeitdruck setzen lassen wollen. Es kommt in erster Linie nicht auf eine rasche Beendigung der Koalitionsverhandlungen an, sondern auf die Qualität der Sachentscheidungen. Es bleibt dabei, daß wir bis Mitte des nächsten Monates die Koalitionsverhandlungen abschließen wollen und dies auch der Zeitpunkt ist für die Regierungsbildung. Wir halten diesen Zeitplan aus sachlichen Gründen für notwendig, denn es gibt eine große Zahl von wichtigen Problemen in den kommenden vier Jahren, und diese Probleme sollten nicht überstürzt auf Kosten der Qualität

der Problemlösungen angegangen werden.

In der Diskussion im Bundesvorstand ist folgendes klar zum Ausdruck gekommen: Der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union ist der Auffassung, daß in der Diskussion um den Inhalt der Koalitionsvereinbarungen, aber auch der Regierungserklärung und der Politik der kommenden vier Jahre, klar und deutlich die politischen Ziele der Christlich Demokratischen Union auch in der Öffentlichkeit dargestellt werden müssen. Die CDU ist die größte Partei in der Bundesrepublik Deutschland und auch der größte Koalitionspartner; deswegen muß klar sein, welche politischen Ziele wir als Volkspartei in diese Koalitionsverhandlungen und in die Politik der kommenden Jahre einbringen.

Wir haben im Wahlkampf für uns in Anspruch genommen, die Zukunft positiv zu gestalten in einem Land, das zu den führenden Industrienationen der Welt zählt, ein Land, das den Wettbewerb mit anderen Industrieländern bestehen muß. Dies bedeutet ein klares Ja zu wirtschaftlichem Wachstum, die Steuerreform spielt hier eine ganz große Rolle. Wir sind aber auch der Meinung, daß diese Zukunft der Bundesrepublik Deutschland nicht nur mit wirtschaftlichen und materiellen Inhalten beschrieben werden kann, sondern daß die Christlich Demokratische Union die Aufgabe hat, eine Gesellschaft zu gestalten, in der die Menschen zwar materiell gesichert sind, in der sich Leistung wieder lohnt, aber in der die Menschen sich auch geistig, kulturell und sozial wohl fühlen können.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Wir wollen über die wirtschaftlichen und materiellen Perspektiven hinaus, die für einen Industriestaat notwendig sind, diejenigen Werte sichern, die jenseits von Angebot und Nachfrage liegen. Hier steht an erster Stelle die Aufgabe, wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt mit der Erhaltung unserer natürlichen, sozialen und kulturellen Umwelt vereinbar zu machen. Wir sehen ferner als eine der wichtigsten Aufgaben an, das zu realisieren, was die Christlich Demokratische Union in Essen mit den Essener Leitsätzen beschlossen hat — die Gleichberechtigung der Frau auf allen Ebenen im politischen und im gesellschaftlichen Bereich.

Schließlich sind wir der Meinung, daß das Jahr 1987 ein Jahr der Abrüstung werden soll: die Sicherung des Friedens bleibt ein zentrales Aufgabengebiet der kommenden Legislaturperiode. Die Bundesregierung sollte sich nach unserer Auffassung einschalten — wie dies der Bundeskanzler in den letzten Jahren gemacht hat —, um zu konkreten Abrüstungsergebnissen zu kommen; dies bedeutet natürlich nicht, daß die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und der Länder der freien westlichen Welt gefährdet werden dürfte. Eine gleichwertige Zielsetzung unserer Außenpolitik ist die Festigung des Bündnisses und der Einsatz für die Menschenrechte überall auf der Welt.

Uwe Barschel:

Rot-Grün bedeutet Unregierbarkeit

Ministerpräsident Uwe Barschel erklärte zu den Ereignissen in Hessen und Hamburg und zu ihrer Bedeutung für Schleswig-Holstein: „Die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins erleben gegenwärtig, daß die Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen in kürzester Zeit immer zur Unregierbarkeit führt und die betroffenen Länder in schwere Probleme stürzt.

In Hessen scheiterte das einzige rot-grüne Bündnis im einzigen Land, wo SPD und Grüne formal koalitiert haben. Folge: vorgezogene Neuwahlen. In Hamburg ist das Experiment einer SPD-Minderheitsregierung mit Tolerierung durch die Grünen früher schon gescheitert. Folge: Jetzt ist die SPD unfähig, der Stadt eine stabile Regierung zu geben durch eine SPD/CDU-Koalition.

Diese Fakten sprechen eine deutliche Sprache angesichts des Versuchs der schleswig-holsteinischen SPD, mit den Grünen zwar nicht formal zu koalieren, aber im Falle einer rechnerischen Mehrheit Engholm mit den grünen Stimmen zum Regierungschef wählen und eine SPD-Minderheitsregierung von den Grünen tolerieren zu lassen.

- Unsere Probleme können nur mit einer stabilen Mehrheit gelöst werden.
 - Aktive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik ist nur möglich, wenn die Grünen keinen Einfluß auf die Regierungspolitik bekommen.
 - Berechenbarkeit, Stetigkeit und Verlässlichkeit sind entscheidend für alle Bemühungen, Betriebe und andere arbeitsplatzschaffende Einrichtungen nach Schleswig-Holstein zu holen.
- Deshalb muß es für Schleswig-Holstein heißen: Keine Hessischen oder Hamburger Verhältnisse, sondern auch künftig ein klarer Kurs, gegründet auf eine stabile Regierungsfähigkeit.**

Rechtspolitische Herausforderungen der kommenden Jahre

Die Bundestagswahl liegt wenige Tage hinter uns und der parlamentarische Alltag steht bevor. Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der baden-württembergische Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Heinz Eyrich, hat dies zum Anlaß genommen, über einige grundlegende Herausforderungen der Rechtspolitik der kommenden Jahre zu sprechen.

Was die Rechtspolitik betrifft, so haben die Länder bekanntlich ein gewichtiges Wort mitzureden. Lassen Sie mich drei rechtspolitische Herausforderungen ansprechen:

1. Die größte rechtspolitische Herausforderung der nächsten Jahre ist sicherlich die Bewahrung des „Inneren Friedens“ in unserem Staat. Die Gefährdungen, denen unser Gemeinschaftsfrieden in letzter Zeit ausgesetzt ist, sind besorgniserregend mannigfaltig. An vorderster Stelle sind die verabscheuungswürdigen Taten der Terroristen und des terroristischen Umfelds zu nennen. An zweiter Stelle der Gefährdungen sehe ich die gewalttätigen Demonstrationen. In Wackersdorf und Brokdorf — man kann es nicht mehr anders nennen — herrschte mitunter Bürgerkrieg auf Zeit. Und ein weiteres: Soll es die behauptete Sorge um die Umwelt wirklich rechtfertigen, daß Strommasten umgesägt werden und damit auch Menschen in Gefahr kommen? Und nicht zuletzt: Haben wir uns an den zivilen Ungehorsam als eine neue Form der Meinungsäußerung nicht schon beinahe gewöhnt?

Eine stattliche Minderheit behauptet allen Ernstes, diese Blockadeaktionen seien nichts anderes als „friedliche Demonstration“. Diesen Gefährdungen des inneren Friedens müssen wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegentreten. So müssen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte die Rechtsgrundlagen besitzen, damit sie die Demonstrationsfreiheit gewährleisten, aber auch gegen Gewalt und Willkür wirksam vorgehen können.

Ebenso wichtig ist es, daß in unserer Gesellschaft jeder weiß, was Recht und Unrecht ist. Diese für eine freiheitliche Gesellschaft notwendige gemeinsame Rechtsüberzeugung ist heute leider in Frage gestellt. Selbst Richter stellen die Rechtsgemeinschaft in Frage, wenn sie unter bewußter Inkaufnahme einer Bestrafung Blockadeaktionen durchführen, wie dies kürzlich in Mutlangen geschehen ist. Das ist ein fast nicht mehr gutzumachender Schaden für das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz. Es muß für alle gelten: Die Wahrnehmung unserer demokratischen Freiheiten kann nur im Rahmen des Rechts erfolgen. Wird das Recht bewußt in Frage gestellt, so verliert es seine Funktion als Garant der Freiheit für jeden einzelnen von uns.

2. Eine zweite rechtspolitische Herausforderung, die uns die Zukunft stellt, sind die Möglichkeiten der künstlichen Befruchtung und die Gentechnologie am Menschen. Bis vor wenigen Jahren war es noch unvorstellbar, daß Menschen im Reagenzglas erzeugt, ihre Erbsubstanz erkannt oder gar verändert werden kann. Diese neuen Techniken eröffnen Chancen und Risiken gleichermaßen. Unfruchtbaren Ehepaaren kann der Lebens-

wunsch nach einem Kind ermöglicht, gewisse Erbkrankheiten könnten ausgemerzt werden. Indes darf nicht jede Manipulation bei der Zeugung und an der Erbsubstanz zugelassen werden. Ein rechtlicher Rahmen für eine kontrollierte Entwicklung zum Wohle des Menschen, vor allem zum Wohle des im Reagenzglas erzeugten Kindes ist deshalb dringend erforderlich. Auf den Gebieten des Straf-, Zivil- und Gesundheitsrechts sind für die nächsten Jahre gesetzliche Regelungen notwendig, die gemeinsam von Bund und Ländern geschaffen werden müssen. Erste Schritte haben wir bereits getan. Die medizinische und wissenschaftliche Entwicklung befindet sich in einem ungeheuren Erkenntnisprozeß. Der Gesetzgeber wird sich noch auf lange Jahre damit beschäftigen müssen.

3. Ein ganz wichtiger Themenbereich ist der Schutz der Umwelt durch das Recht. Die Zukunft unserer Kinder hängt nicht zuletzt von der Erhaltung und Pflege unserer Umwelt ab. Wir treten dafür ein, daß alle gesetzlichen Möglichkeiten, die uns diesem Ziel näherbringen, geprüft werden. So ist die Schaffung von neuen Strafvorschriften, etwa zum Schutz des Bodens ebenso sorgfältig zu erwägen, wie die Frage der Verschärfung bestehender Vorschriften gegen Umweltsünder. Es ist auch zu überlegen, ob für Umweltverschmutzer strengere Haftungsvorschriften gelten sollen, die den Nachweis der Täterschaft erleichtern können. Und schließlich sollten wir darauf achten, daß unsere gesetzlichen Vorschriften zum Schutz der Umwelt in vollem Umfang angewendet und vollzogen werden.

Wunsch nach Kindern wieder stärker

Der Wunsch nach Kindern ist bei den Bundesbürgern offenbar gewachsen. 624 000 Kinder sind 1986 geboren worden. Das sind 40 000 Babys mehr als 1985. Mehr als 600 000 Neugeborene hatte es zuletzt 1982 gegeben. Dazu ein Vergleich: Im vergangenen Jahr starben rund 700 000 Bundesbürger, 300 weniger als 1985. Dennoch übersteigt die Zahl der Todesfälle immer noch die der Geburten. Dieser Trend ist seit 1972 ungebrochen.

Post ist der größte Ausbildungsbetrieb

Die Bundespost bietet in diesem Jahr mehr als 18 300 Ausbildungsplätze an. Wie Postminister Christian Schwarz-Schilling mitteilte, können 1987 allein im technischen Bereich 6 000 junge Menschen ihre Ausbildung beginnen. Wie

schon in den beiden letzten Jahren werde erfolgreichen Absolventen ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt. 1986 hätten von rund 12 400 Ausgebildeten mehr als 80 Prozent einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz erhalten.

Handwerk zeigt Zuversicht

„Mit dem deutschen Handwerk geht es zum Jahresbeginn 1987 weiter aufwärts.“ Das erklärte der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Klaus-Joachim Kübler, in einem Gespräch mit der WELT. Kübler stützt sein Urteil auf die Berichte der 42 Handwerkskammern in der Bundesrepublik. Für die Unkenrufe mancher Konjunkturpropheten der letzten Zeit zeigt er kein Verständnis. Denn die Entwicklung im Handwerk zeige, daß der private Konsum in der Bundesrepublik auf Touren gekommen ist und der Schwung anhält.

Wir halten unser Versprechen: Erziehungszeiten für alle Mütter

Das Bundeskabinett hat am 10. Februar 1987 den Gesetzentwurf über Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 beschlossen. Durch diesen Gesetzentwurf soll den Müttern der Geburtsjahrgänge vor 1921 — unabhängig davon, ob sie eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen oder nicht — für jedes lebend geborene Kind eine Leistung für Kindererziehung gezahlt werden, die der Höhe nach der Leistung entspricht, die grundsätzlich auch jüngere Mütter für Kindererziehung erhalten, wenn sie in Rente gehen. Im zweiten Halbjahr 1987 sind dies rund 27 Mark monatlich für jedes Kind.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm stellte dazu fest: „Wir halten Wort. Seit Anfang 1986 erhalten erstmals in der Geschichte der Rentenversicherung Mütter ihre Erziehungsleistung anerkannt, wenn sie in Rente gehen. Und in vier großen Schritten holen wir nun auch die Mütter in die Begünstigung herein, die bei Inkrafttreten des Erziehungszeitengesetzes schon im Rentenalter waren. Auch die Erziehungsleistung dieser Mütter wird anerkannt, ihre soziale Sicherung verbessert.“

Mit Rücksicht auf die große Zahl und das Alter der zu begünstigenden Mütter soll das Verwaltungsverfahren so einfach wie möglich ausgestaltet werden. Bei der Regelung für die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 soll deshalb auch stärker typisiert und pauschaliert werden als bei der Regelung über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei den jüngeren

Müttern. Dadurch wird zugleich sichergestellt, daß die älteren Mütter ihre Leistung für die Kindererziehung termingerecht erhalten.

Da eine sofortige Einbeziehung aller Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 nicht solide finanzierbar ist, werden die Mütter — wie im Koalitionsbeschluß vom 1. Juli 1986 vorgesehen — stufenweise begünstigt. Folgende Stufen sind vorgesehen:

- ab 1. Oktober 1987 die Geburtsjahrgänge vor 1907,
- ab 1. Oktober 1988 die Geburtsjahrgänge 1907 bis 1911,
- ab 1. Oktober 1989 die Geburtsjahrgänge 1912 bis 1916 und
- ab 1. Oktober 1990 die Geburtsjahrgänge 1917 bis 1920.

Damit wird das von der Regierungskoalition im vergangenen Jahr gegebene Versprechen eingelöst und erreicht, daß binnen vier Jahren alle Mütter eine Anerkennung ihrer Kindererziehungsleistung erfahren. Da mit den ältesten Müttern begonnen wird, werden sie in der größtmöglichen Zahl in den Genuß der Leistung gelangen.

Für die in der ersten Stufe ab 1. Oktober dieses Jahres begünstigten rund 1,2 Millionen Mütter sind bereits 250 Millionen Mark in den Bundeshaushalt 1987 eingestellt. Die Mehraufwendungen betragen im Jahre 1988 1,1 Milliarden Mark, im Jahre 1989 1,9 Milliarden Mark, im Jahre 1990 2,8 Milliarden Mark und im Jahre 1991 3,3 Milliarden Mark; sie werden vom Bund getragen.

Zum gleichen Thema erklärt die Bundesfrauenministerin Rita Süßmuth:

Die älteren Frauen konnten von uns zu Recht erwarten, daß sie wie die jüngeren Frauen eine Leistung für die Kindererziehung erhalten. Dieses Problem haben wir gelöst. Was wir vor der Wahl versprochen haben, wird jetzt — nur wenige Tage danach — eingelöst. Die SPD hat 13 Jahre geredet und nichts gemacht. Die Frauen können daran sehen, wer allen alles verspricht und wer tatsächlich handelt.

Bei der beschlossenen Stufenregelung war es uns wichtig, daß im ersten Schritt die Frauen begünstigt wurden, die ihre Kinder in den schwierigen Zeiten der Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre geboren haben, den Zweiten Weltkrieg durchstehen mußten und nach 1945 vielfach ohne ihre Ehepartner ihre Kinder aufziehen mußten.

Es war uns wichtig, daß alle Mütter über 65 Jahre in den Genuß dieser Leistung kommen. Deshalb haben wir vorgesehen, daß die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 die Kindererziehungsleistungen unabhängig davon erhalten, ob sie eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung

beziehen oder nicht. Der von der SPD vorgelegte Gesetzentwurf zur Einbeziehung älterer Frauen in die Regelung zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten sah lediglich vor, daß Mütter, die eine eigene Rente oder eine Hinterbliebenenrente beziehen, begünstigt werden sollen. Damit wären alle Frauen leer ausgegangen, die keine eigene Altersversorgung haben oder deren Männer bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht verstorben sind. Eine derartige Benachteiligung einer großen Gruppe älterer Frauen war für uns nicht hinnehmbar.

Die Ausgestaltung und das Verwaltungsverfahren haben wir bewußt so einfach wie möglich vorgenommen. Auf andere anrechenbare Leistungen — wie z. B. die Sozialhilfe — sollen Kindererziehungsleistungen nicht angerechnet werden. Damit wollen wir erreichen, daß die älteren Mütter ihre Leistung für die Kindererziehung termingerecht erhalten und daß Minderungen der Kindererziehungsleistungen vermieden werden. Das war mir ein ganz besonderes Anliegen.

Kindergeld läuft weiter, wenn die Ausbildung der Tochter oder des Sohnes unterbrochen wird

Der Fall: Eltern erhalten für ihre Tochter, die sich in der Berufsausbildung befindet, Kindergeld. Die Tochter bekommt ein Kind, nimmt Erziehungsurlaub und erhält 600 DM monatlich Erziehungsgeld.

Frage: Erhalten die Eltern während der Zeit des Erziehungsurlaubs der Tochter für diese weiter Kindergeld? **Antwort:** Ja.

Das gleiche gilt natürlich, wenn Eltern für ihren noch in Ausbildung stehenden Sohn Kindergeld erhalten. Nimmt er (nachdem seine Frau ein Kind bekommen hat) Erziehungsurlaub und erhält er Erziehungsgeld, wird das Kindergeld für ihn an seine Eltern weitergezahlt.

Diese Auslegung des Bundeskindergeldgesetzes ergibt sich aus dem Bundeserziehungsgeldgesetz. Dort ist die besondere Bedeutung der Kleinkind-Betreuung deutlich gemacht worden. Dies ist bei der Anwendung des Bundeskindergeldgesetzes zu beachten, stellt die Pressestelle des Familienministeriums fest.

Auch für Ausbildungsbewerber und Arbeitslose unter 21 Jahren wird Kindergeld dann weitergezahlt, wenn sie die Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz unterbrechen, um ihr neugeborenes Kind zu betreuen und Erziehungsgeld in Anspruch zu nehmen.

SPD fördert eine Politik gegen die Zukunftsinteressen junger Menschen

Mit der fortschreitenden Einführung neuer Technologien stellen sich für die Bildungspolitik neue Aufgaben. Nach Schätzungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ werden in den 90er Jahren rund 70 Prozent aller Beschäftigten über ein informations- und kommunikationstechnisches Wissen verfügen müssen. Man kann also davon ausgehen, daß etwa die Hälfte der Auszubildenden von heute künftig in Berufen arbeiten werden, die nicht ihrer beruflichen Erstausbildung entsprechen.

Zum Stand der aktuellen bildungspolitischen Diskussion erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Parl. Staatssekretär **Anton Pfeifer**: Hier steht die Bildungspolitik vor dem Problem, daß niemand heute präzise beschreiben kann, welche Strukturen und Anforderungsprofile die Arbeitsplätze von morgen haben werden; ebensowenig lassen sich Ausmaß und Tempo der Entwicklung genau bestimmen. Informationstechnische Bildungsinhalte gehören heute unbestreitbar in das allgemeinbildende Schulwesen. Sie können dazu beitragen, vor falschen Ängsten zu bewahren und überzogene Erwartungen abzubauen. Aber die Probleme lösen sich nicht damit, daß neben den Sprachlabors nun Computerräume eingerichtet werden.

Unter den gegebenen Umständen rüstet jene Bildungspolitik am besten für die Zukunft, die ihren Schülern ein gesichertes, hinreichend breit gefächertes Grundlagenwissen vermittelt, auf dem künftige, differenzierte Qualifizierungen aufbauen können.

Diese vorrangige bildungspolitische Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn die Bildungspolitik zu einem neuen Konsens über die Inhalte einer zeitgemäßen Allgemeinbildung findet.

Diese Forderung ist unter zwei Aspekten zu erheben:

■ Es muß der Gefahr begegnet werden, daß Bildungsinhalte ohne Bezug auf ihre tatsächliche Verwertbarkeit im Berufsleben festgelegt werden. Wer die Zukunftsinteressen junger Menschen ernst nimmt, muß seine Kräfte auf eine solide und vor allem auch anwendbare Ausbildung konzentrieren.

■ Andererseits kann nur eine zeitgemäße Allgemeinbildung sicherstellen, daß Bildung nicht verengt wird auf die bloße Funktion der Berufsvorbereitung. Bereits Humboldt hat vor einer Schulbildung gewarnt, die ausschließlich auf den Beruf vorbereitet, denn auf diese Weise werde der Schüler „nie die Geschicklichkeit und Freiheit“ erwerben können, die für ein eigenständiges Berufsleben erforderlich ist. Karl Jaspers hat Bildung als „Daseinserhellung zum Zweck der Daseinsmeisterung“ beschrieben. Dieser umfassende Bildungsbegriff, der auf die volle Lebenswirklichkeit abzielt, ist am ehesten geeignet, künftigen Anforderungen gerecht zu werden.

Hier ergeben sich vor allem drei Folgerungen:

1. Der von der SPD aus ideologischen Gründen wiederbelebte Streit um schulorganisatorische Fragen ist absurd und anachronistisch. Das Kernproblem einer zukunftsorientierten Bildungspolitik liegt in der Frage, welche Qualifikationen heute vermittelt werden müssen, damit junge

Menschen befähigt sind, angesichts eines tiefgreifenden technologischen Wandels künftig ihre Lebensaufgaben meistern zu können. **Der in ideologischer Engstirnigkeit betriebene Versuch SPD-regierter Länder, die Gesamtschule flächendeckend einzuführen, ist eine Politik gegen die Zukunftsinteressen junger Menschen, da sie an den eigentlichen Aufgaben vorbeigeht. Wer heute zukunftsorientierte Bildung vermitteln will, muß differenzieren statt integrieren.**

2. Die Festlegung von Bildungsinhalten muß sich an der Qualität des Gelernten und nicht an dem formalen Wert der Abschlüsse orientieren. Deshalb brauchen wir wieder einen verpflichtenden, gemeinsamen Fächerkanon, der die Muttersprache, eine Fremdsprache, die Naturwissenschaften, Geschichte und die musischen Fächer umfaßt. Ein solcher Pflichtkanon muß dem Prinzip der Wahlfreiheit für Oberstufenschüler nicht widersprechen; Wahlfreiheit kann aber nicht Beliebtheit der Inhalte bedeuten.

In diesem Zusammenhang sind alle Versuche der SPD abzulehnen, in der Oberstufe des Gymnasiums eine Verzerrung von allgemeiner und beruflicher Bildung durchzusetzen. Dieses Ziel kann nur um den Preis erreicht werden, daß die Qualität der Ausbildung sowohl in den allgemeinbildenden Fächern als auch in der beruflichen Bildung auf unterstem Niveau steht.

3. Die Festlegung von Bildungsinhalten muß sich auch an den Realitäten der Arbeitswelt orientieren. Notwendig sind neue Impulse für eine informationstechnische Grundbildung, für die Ausgestaltung der beruflichen Fachbildung und für die Weiterentwicklung eines zukunftsweisenden Konzepts der Weiterbildung. Dabei hat Bildung nicht nur die Aufgabe, einseitig vor den Risiken der technologischen Entwicklungen zu warnen, sie kann

und muß auch Chancen für die positiven Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen.

Die SPD konzentriert sich dagegen in ihrem neuen bildungspolitischen Programm ausschließlich auf die „gesellschaftlichen Gefährdungen durch Naturwissenschaft und Technik, besonders auch durch die Gefahr des atomaren und ökologischen Untergangs“. Der Hamburger Schulsenator Joist Grolle merkt düster an, daß „für das Gespräch zwischen Erwachsenen und Kindern kein Zukunftshorizont vorausgesetzt werden“ kann. Die SPD hat keine positive Vision von unserer Gesellschaft.

Heute heißen die Schlüsselworte sozialdemokratischer Bildungspolitik „Gesellschaftsreform“, „Mensch als Objekt von Herrschaft und Marketing“, „Elite gegen Masse“. **Die SPD ist nach wie vor in ihrer klassenkämpferischen Ideologie der 70er Jahre verfangen, also in Konzepten, deren Scheitern längst erwiesen ist. Die Bildungspolitik der SPD versagt vor den Zukunftsaufgaben, weil sie nach rückwärts orientiert ist.**

Das immer deutlicher zutage tretende Auseinanderfallen des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland ist darauf zurückzuführen, daß in den SPD-regierten Ländern nach wie vor versucht wird, über die Schule die Gesellschaft zu verändern, während in den Bundesländern, in denen die Union Regierungsverantwortung trägt, die Fragen einer zukunftsorientierten Bildung im Vordergrund stehen. Der Kernpunkt der zu erwartenden bildungspolitischen Auseinandersetzung im Jahr 1987 ist die Entscheidung zwischen Rückschritt oder Fortschritt.

Hinweis: Zur Bildungspolitik der SPD hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Dokumentation herausgegeben. Sie kann angefordert werden im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, Telefon (02 28) 544-477.

Wallmanns schnelles Handeln fand das Lob des Kanzlers

Bundeskanzler Helmut Kohl hat es begrüßt, daß durch die Initiative von Bundesumweltminister Walter Wallmann eine Lösung für das radioaktiv belastete Molkepulver, das zur Zeit in Eisenbahnwaggons auf den Bahnhöfen von Köln, Rosenheim und Bremen steht, gefunden werden konnte. Umweltminister Dr. Walter Wallmann hat durch sein rasches und entschiedenes Eingreifen dafür gesorgt, daß die insgesamt 5000 Tonnen Molkepulver seit Freitag, dem 6. Februar 1987, in den Besitz des Bundes übergegangen sind.

Das Molkepulver soll jetzt zügig zwischengelagert und anschließend so rasch wie möglich beseitigt werden. Für die Übernahme der radioaktiv belasteten Molke hat der Bund keinen Pfennig zahlen müssen, zumal früher bereits das Milchwerk Meggle mit 3,8 Mio. DM entschädigt worden war. Die radioaktive Strahlung des Molkepulvers ist für die Gesundheit der Menschen völlig ungefährlich, solange sie nicht in den Nahrungskreislauf gelangt. In welcher Form die verstrahlte Molke beseitigt werden soll, ist zur Zeit noch offen.

In Frage kommt eine Verbrennung oder ein Verfahren zur Entgiftung (Dekontaminierung), so daß das nicht mehr verwendbare Endprodukt harmlos wäre. Hubert Weinzierl, der Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), hat das Vorgehen des Bundesministers Wallmann ausdrücklich gelobt und als eine sachlich richtige und umweltpolitisch gescheite Entscheidung bezeichnet.

Bundesministerin Rita Süßmuth forderte, daß das strahlenbelastete Molkepulver, das in Deutschland weder als Lebensmittelhilfe noch als Futtermittelkomponente freigegeben wurde, nicht in Länder der Dritten Welt exportiert werden darf. Sie hält es aus ethischen Gründen nicht für vertretbar, einen Unterschied zwischen der Vorsorge für die Gesundheit von Europäern und von Menschen in den Entwicklungsländern zu machen. Wer dies dennoch tut, handelt nach den Worten von Frau Prof. Süßmuth verantwortungslos und moralisch verwerflich.

Sie forderte eine rückhaltlose Aufklärung des Sachverhaltes und eine Sicherstellung, daß weder in der Bundesrepublik Deutschland noch sonstwo in der Welt durch unvertretbar hochbelastetes Molkepulver eine gesundheitliche Gefährdung der Menschen eintreten kann. Für dieses Engagement übermittelte der ägyptische Botschafter in Bonn Frau Süßmuth den Dank und die Wertschätzung Ägyptens. Besonderen Nachdruck legt er auf die Erklärung der Gesundheitsministerin, daß es nicht vertretbar sei, einen Unterschied zwischen Gesundheit von Europäern und von Menschen in den Entwicklungsländern zu machen.

Rühe begrüßt Freilassung von Sowjet-Dissidenten

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, hat die Freilassung von 42 sowjetischen Dissidenten aus Haft oder Verbannung als „Schritt in die richtige Richtung“ begrüßt. Er hoffe, daß dieser Prozeß in der UdSSR anhalte, sagte Rühe.

Politik der Bundesregierung stärkt Investitionskraft der Gemeinden

Zur erfolgreichen Politik der Bundesregierung für die Kommunen erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt: „Der Bund hat im Jahre 1986 seine kommunalfreundliche Politik mit Erfolg fortgeführt.“ Die Fakten sprechen für sich:

1. Die solide Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes zeigt weiter Wirkung. Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung zahlt sich auch für die Kommunen aus: Ihre Steuereinnahmen sind 1986 weiter gestiegen, in den ersten 9 Monaten um 4,5 v. H.

2. Preisstabilität und niedriges Zinsniveau sind die Ergebnisse der von der Bundesregierung verfolgten Haushaltspolitik. Vorteil für die Kommunen: Der Preisanstieg für die von ihnen nachgefragten Güter und Dienstleistungen ist so gering wie seit langem nicht mehr; ihre Zinsausgaben gehen weiter zurück.

3. Die Bundesregierung hat die gemeindliche Investitionskraft gestärkt. Die Mittel für die Städtebauförderung wurden für die Programmjahre 1986 und 1987 von 330 Mio. DM auf je 1 Mrd. DM verdreifacht. Zusammen mit den Komplementärmitteln der Länder und Kommunen stehen damit für die Jahre 1986 und 1987 je 2,3 Mrd. DM für Investitionen zur Stadt- und Dorferneuerung zur Verfügung. Aus dem ERP-Sondervermögen des Bundes wurden 1986 zinsgünstige Kredite von rd. 1,2 Mrd. DM für Umweltschutzinvestitionen in den Bereichen Abwasserreinigung, Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung bereitgestellt. Folge bei den Kommunen: Ihre Sachinvestitionen

sind 1986 beachtlich gestiegen (in den ersten 9 Monaten um 7,9 v. H.)

4. Die Bundesleistungen für Arbeitslose wurden verbessert. Zum 1. Januar 1986 wurde der Höchstanspruch auf Arbeitslosengeld stufenweise weiter verlängert, z. B. für über 54jährige auf 24 Monate. Die seit 1969 nicht mehr angepaßten Freibeträge für die Anrechnung von Ehegatteneinkommen auf die Arbeitslosenhilfe wurden im Jahre 1986 um 50 v. H. und werden ab 1987 um 100 v. H. angehoben. Die berufliche Bildung wurde 1986 verstärkt gefördert, die Förderungsleistungen wurden erhöht. Zum 1. Juli 1987 wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes weiter verlängert; dabei sollen auch jüngere Arbeitslose berücksichtigt werden. Die Kommunen werden wegen dieser Maßnahmen bei der Sozialhilfe wesentlich entlastet.

5. Die Wohngeldleistungen wurden ab 1. Januar 1986 deutlich erhöht; dadurch ergibt sich bei der Sozialhilfe eine jährliche Entlastung von ca. 300 Mio. DM.

6. Der Familienlastenausgleich wurde ab 1986 verbessert. Der neu eingeführte Zuschlag zum Kindergeld für einkommensschwache Familien bringt für die Sozialhilfe Einsparungen von 150 Mio. DM jährlich.

7. Der kommunale Handlungs- und Entscheidungsspielraum wird durch das Baugesetzbuch gestärkt. Das im Oktober 1986 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Baugesetzbuch faßt die beiden Bundesgesetze über das Städtebaurecht, nämlich Bundesbaugesetz und Städtebauförderungsgesetz, zusammen, baut nicht zwingend erforderliche Bestimmungen ab, stärkt die Planungshoheit der Gemein-

Erfolgreiche Existenzgründungsbilanz

Die Nachfrage nach den Existenzgründungsprogrammen des Bundes war auch 1986 weiterhin sehr hoch. Insbesondere das Eigenkapitalhilfeprogramm zeichnet sich seit 1983 durch eine große und stetige Nachfrage aus. Daher sollte sichergestellt werden, daß ein solch erfolgreiches Programm über den 31. Dezember 1987 hinaus fortgeführt wird, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann.

Wurden im Jahre 1985 im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms 9 574 Zusagen mit einem Volumen von 472 Mio. DM erteilt, so wurden 1986 9 349 Unternehmen mit einem Volumen von 482 Mio. DM gefördert. Im Rahmen des ERP-Existenzgründungsprogramms sind 1985 13 882 Gründer mit einer Antragsumme von 724 Mio. DM unterstützt worden. Im Jahre 1986 sind 12 933 Zusagen mit einem Volumen von 741 Mio. DM erfolgt.

Beim Eigenkapitalhilfeprogramm wie auch beim ERP-Existenzgründungsprogramm ist für 1987 weiterhin mit einer

hohen Nachfrage zu rechnen. Diese Stabilisierung auf hohem Niveau bei den Existenzgründungen ist seit 1983 zu verzeichnen. Im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms wurden 1983 7 550 Unternehmen, 1984 9 835, 1985 9 574 und 1986 9 349 Unternehmen gefördert. Beim ERP-Existenzgründungsprogramm waren es 1983 15 800, 1984 15 950, 1985 13 882 und 1986 12 933 Unternehmen, die eine Förderung erhielten.

Somit wurden auch 1986 wie schon in den drei Jahren zuvor jeweils rund 17 000 Existenzgründungen mit jeweils 80 000 bis 85 000 Arbeitsplätzen gefördert. Seit der Regierungsübernahme durch die Union sind mit Bundesmitteln rund 70 000 Existenzgründer unterstützt worden, die über 300 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen haben.

Die große Zahl der Existenzgründungen zeigt das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Zusätzliche Arbeitsplätze werden in erster Linie von jungen mittelständischen Unternehmen geschaffen, die am Markt rasch, innovativ und effizient reagieren können.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

den, erleichtert das Bauen und paßt das Städtebaurecht an die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben des Städtebaus an.

Für 1987 sind die Perspektiven günstig. Der Sachverständigenrat sieht die Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs: Eine anhaltend gute Binnenkonjunktur, weiter zunehmende Beschäftigung und ein nahezu stabiles Kosten- und Preisniveau — dies werden voraussichtlich die Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1987 sein. Für die Kommunen bedeutet dies: Ihre Steuereinnahmen wer-

den weiter steigen, überproportionale Ausgabensteigerung durch Kosten- und Preiserhöhungen werden weitgehend ausbleiben, die Risiken bei der Sozialhilfe werden vermindert.

Bundeskanzler Kohl hat gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden wiederholt erklärt, daß den Gemeinden die Gewerbesteuer — auch über diese Legislaturperiode hinaus — solange erhalten bleibt, bis ein Konzept für die Neuordnung des Gemeindesteuersystems gefunden ist, dem die Städte und Gemeinden zustimmen können.

Chancen und Risiken der Fortpflanzungsmedizin abwägen

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der badenwürttembergische Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Heinz Eyrich, erklärte anlässlich der Vorstellung des Berichts der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“: Der Bericht bietet für den Bundes- und die Landesgesetzgeber eine wichtige Erkenntnisquelle für die Zukunft. Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie müssen aber weiterhin ständig abgewogen werden. Denn wir befinden uns in einem ständigen Erkenntnisprozeß.

Der Zeitpunkt ist nunmehr gekommen, in Bund und Ländern auf dem Gebiet der Gentechnologie am Menschen zu konkreten Aussagen zu kommen. Die Ansicht der Enquete-Kommission ist zu unterstreichen, daß im Bereich der Genomanalyse aktueller Handlungsbedarf besteht.

Die CDU-Juristen im BACDJ wollen keinen Fortschritt um jeden Preis. Insbesondere bei Maßnahmen der künstlichen Befruchtung und bei der Gentechnologie am Menschen müssen Medizin, Wissenschaft und Forschung den Maßstab allen Handelns strikt beachten, nämlich die Menschenwürde und den verfassungsrechtlichen Schutz des ungeborenen und geborenen Lebens.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind folgende Grundsätze von entscheidender Bedeutung:

1. Menschliches Leben entsteht mit der Verschmelzung von Eizelle und Samenzelle. Bereits in diesem Stadium ist das Leben schutzwürdig und schutzbedürftig.

2. Die künstliche Befruchtung kann eine vertretbare Therapie zur Überwindung von Unfruchtbarkeit sein. Sie sollte jedoch nur erwogen werden, wenn andere Möglichkeiten zur Erfüllung eines Kinderwunsches nicht in Betracht kommen. Das Kindeswohl muß besonders berücksichtigt werden.

3. Eine künstliche Befruchtung sollte nur vorgenommen werden, wenn die Keimzellen von den Ehepartnern stammen. Die Verwendung von Spendersamen birgt unabsehbare Gefahren für die familiäre Gemeinschaft und das Kindeswohl. Das gilt in noch stärkerem Maße für die Eispende und die Embryonenspende, die zu einer Spaltung der Mutterschaft führen, weil die austragende und die genetische Mutter nicht identisch sind. In jedem Fall muß gewährleistet werden, daß dem durch künstliche Befruchtung gezeugten Kind nicht die Möglichkeit genommen wird, seine genetische Abstammung zu klären.

4. Die Familie mit Bindung auf Lebenszeit ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnerfahrung und eine unverzichtbare Voraussetzung für eine menschliche Gesellschaft. Nichteheliche Partnerschaften können keinen Ersatz dafür bilden. Die Anwendung der Methoden der Fortpflanzungsmedizin sollte deshalb auf Ehepartnern beschränkt werden.

5. Die verschiedenen Formen der Ersatzmutterschaft sind abzulehnen. Eine künstliche Befruchtung, die mit dem Ziel vorgenommen wird, das Kind nach der

Geburt wegzugeben, mißachtet, daß die Entwicklung im Mutterleib ein wichtiger Teil der Persönlichkeitsentwicklung darstellt. Das Kindeswohl wird in schwerer Weise gefährdet. Die zu beobachtende Kommerzialisierung ist ein weiterer, besonders abstoßender Aspekt.

6. Das Verfahren der extrakorporalen Befruchtung läßt Manipulationsmöglichkeiten und damit Gefahren für den Embryo entstehen. Deshalb ist zu fordern:

■ Extrakorporale Befruchtungen dürfen nur in besonderen medizinischen Einrichtungen durchgeführt werden.

■ Es dürfen nur so viele Eizellen befruchtet werden, wie zur einmaligen Implantation erforderlich sind.

■ Eine extrakorporale Befruchtung darf nur zur Überwindung einer individuellen Unfruchtbarkeit erfolgen. Die Erzeugung von Embryonen zu Forschungs- oder anderen Zwecken ist abzulehnen.

■ Embryonen dürfen nicht zum Forschungsgegenstand gemacht werden. Menschliches Leben darf nicht zum Ob-

jekt, zum bloßen Mittel herabgewürdigt werden. Es verbietet sich daher, Embryonen in Forschungsvorhaben einsetzen zu wollen, und zwar unabhängig davon, ob es hochrangige wissenschaftliche Interessen gibt und ob die Embryonen eine Lebenschance haben oder nicht.

7. Experimente, die dem Menschen die Individualität nehmen und ihn zum Objekt züchterischer Verfahren machen, stellen einen schweren Verstoß gegen die Menschenwürde dar.

Die Gesetzgeber in Bund und Ländern sind gefordert, die notwendigen Grenzen zu ziehen. Dies ist eine vorrangige rechtspolitische Aufgabe dieser Legislaturperiode. Aufgerufen ist jedoch nicht nur die Rechtspolitik. Es wird entscheidend darauf ankommen, daß die Ärzteschaft ihrer großen Verantwortung gerecht wird. Die breite Diskussion des Themas in der Öffentlichkeit ist sehr hilfreich. Sie trägt dazu bei, Grenzen zu ziehen und zu halten, wo Rechtsnormen alleine nicht ausreichen, stellt **MdB Heinz Seesing** fest.

Bundesregierung fördert verstärkt Naturschutz

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird auch 1987 Naturschutzvorhaben von gesamtstaatlicher Bedeutung finanziell unterstützen. Erstmals seit Beginn dieser Förderung im Jahr 1979 stehen hierfür 10 Mio. DM bereit. Im Vorjahr betrug die Förderung noch 4 Mio. DM. Diese deutliche Erhöhung der Fördermittel dokumentiert das besondere Interesse der Bundesregierung an der Erhaltung von Landschaftsteilen.

Ziel der Förderung ist es, großflächige, naturnahe Landschaftsteile mit ihrem typischen Artengefüge, wie z. B. Moore, Niederungslandschaften, Auen, Heidege-

biete oder Trockenrasen zu erhalten und vor möglichen Beeinträchtigungen dauerhaft zu sichern. Hierdurch leistet die Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung, Erhaltung und Sicherung von Natur und Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Sinne einer umfassenden Zukunftsvorsorge.

Das Förderungsprogramm enthält zur Zeit 15 Projekte aus fast allen Bundesländern. Durch die verbesserte finanzielle Situation ist das Bundesumweltministerium in der Lage, auch in diesem Jahr für mehrere neue Vorhaben finanzielle Unterstützung gewähren zu können. Landkreise, Gemeinden, Kommunalverbände und Naturschutzorganisationen können geeignete Vorhaben zur Förderung vorschlagen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Angebote der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Tue Gutes und rede darüber!

Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

Auf die Qualität der Argumente kommt es in der Politik entscheidend an. Entscheidend ist aber auch, daß die Argumente bekannt werden. Wie man politische Grundsätze und tagespolitische Entscheidungen überzeugend in der Öffentlichkeit darstellt, zeigt das Institut für politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in seinen Trainings Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich.

Die nächsten Termine:

- 29. 3.— 1. 4. 1987
- 1. 4.— 3. 4. 1987
- 13. 5.— 15. 5. 1987
- 15. 5.— 17. 5. 1987

Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Institut für politische Bildung
Postfach 1331, 5047 Wesseling, Telefon (0 22 36) 7 07-1

Kommunale Pressearbeit

Es ist leichter, als viele meinen, kontinuierlich mit der lokalen und regionalen Presse zusammenzuarbeiten. Wobei es darauf ankommt, erfahren Pressesprecher und Pressebeauftragte auf Orts- und Kreisebene, aber auch alle anderen politisch Interessierten in den Trainings Kommunale Pressearbeit, die das Institut für politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Schloß Eichholz anbietet.

Die nächsten Termine:

- 20. 3.— 22. 3. 1987
- 1. 5.— 3. 5. 1987
- 22. 5.— 24. 5. 1987
- 12. 6.— 14. 6. 1987

Teilnahmebedingungen: Teilnehmerbeitrag 50 DM (Termin 29. 3 bis 1. 4. 1987, 70 DM). Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn — Eigenbeteiligung 20 DM); weitere Kosten entstehen nicht.

UiD

6/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** WVA-Druck, Düsseldorf.